



Offener Brief an Wissenschaftsministerin Theresia Bauer

Sehr geehrte Frau Ministerin Bauer,

am 2. November hat nun auch für die letzten Hochschulen in Baden-Württemberg das zweite Online-Semester begonnen. Die notwendigen gesellschaftlichen Einschränkungen verschärfen allerdings die finanzielle und wirtschaftliche Situation vieler ausländischer Studierender und Zweitstudierender.

Bereits seit März bestehen für Studierende kaum Möglichkeiten, sich das Studium über Nebentätigkeiten zu finanzieren, geschweige denn, sich etwas hinzu zu verdienen. Mit dem aktuellen Teillockdown verschlechtert sich die Lage für Studierende erneut. Von diesen Einschränkungen sind insbesondere die internationalen Studierenden und Studierende im Zweitstudium betroffen, da sie zusätzlich unter dem Druck stehen, die Studiengebühren in Höhe von 1.500 bzw. 650 Euro je Semester aufzubringen. Daran schließen sich psychische Belastungen an, die vor allem durch die unsichere Lage hinsichtlich Einreise und Studienverlauf hervorgehen.

Denn der Mangel an Austausch und gegenseitiger Unterstützung erschwert es ausländischen Studierenden, die auf einen direkten Austausch in Tutorien gerade zu Beginn ihres Studiums und auf eine direkte Kommunikation mit den Lehrenden wesentlich angewiesen sind, ihr Studium ohne Verzögerungen umzusetzen. Auch durch die restriktive Visapolitik in Zeiten der Pandemie in Deutschland und vielen Herkunftsländern können zahlreiche internationale Studierende, die nicht nach Deutschland einreisen konnten, lediglich Online-Angebote nutzen. Ihnen fehlen Zugänge zu Praktika, Laborkursen oder Lernmitteln, sodass sich das Studium auch hierdurch verlängert. An den meisten Hochschulen finden Prüfungen nach wie vor in Präsenz statt, sodass ein Abschluss von Studienleistungen aus der Ferne nahezu unmöglich ist.

Insbesondere Betreuungs- und Integrationsangebote für ausländische Studierende sind derzeit nur eingeschränkt vorhanden. Digitale Maßnahmen sind zwar notwendig und wichtig, ersetzen jedoch bei weitem nicht die studienbegleitenden Angebote, die bisher mittels Studiengebühren finanziert wurden.

Leider ist die Möglichkeit, einen Erlass von Studiengebühren zu beantragen, nur mit enormem bürokratischem Aufwand möglich, der gleichermaßen sowohl ausländische Studierende als auch die Hochschulverwaltungen belastet. Ebenso ist Ihnen sicherlich bewusst, dass die Befreiungstatbestände wenig Spielraum für Härtefälle zulassen. Die Lage der internationalen Studierenden in Baden-Württemberg ist durch die hohen Studiengebühren, durch die fehlenden Unterstützungsmöglichkeiten und durch die Verzögerungen im Studienverlauf sehr prekär. Ohne Nebenjob und ohne Aussicht auf schnelle und unbürokratische Unterstützung bedeutet das für viele internationale Studierende voraussichtlich ein vorzeitiges Ende ihres Studiums oder die Aufnahme von Krediten.

Baden-Württemberg muss diesbezüglich solidarisch sein! Wir bitten Sie daher, sich umgehend für eine Entlastung der betroffenen Studierenden einzusetzen und die Studiengebühren für dieses und das kommende Semester auszusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Bauer, Sprecher
Landesstudierendenvertretung
Baden-Württemberg

Doro Moritz, Landesvorsitzende
Gewerkschaft Erziehung und
Wissenschaft Baden-Württemberg

Nadia Galina, Referentin für
Hochschulpolitik Bundesverband
ausländischer Studierender